

Interview S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein mit Herrn Michael Benvenuti, Liechtensteiner Volksblatt über die Auswirkungen der FL-Abkommenspolitik

11. November 2009

Durchlaucht, mit der Unterzeichnung der Abkommen mit Belgien und den Niederlanden hat Liechtenstein die Forderungen der OECD erfüllt und wird demnächst auf der weissen Liste aufscheinen. Was bedeutet der Abschied von der grauen Liste für Liechtenstein? Welche positiven Auswirkungen hat die weisse Liste für den Finanzplatz konkret?

Der Wechsel von der grauen auf die weisse Liste führt zunächst einmal dazu, dass wir nicht von jenen Sanktionsmassnahmen erfasst werden, die vor allem von einigen der G-20-Staaten gegen sogenannte unkooperative Steuerregime in Aussicht gestellt werden. Dieser Listenwechsel hat aber auch positive Auswirkungen, was die Bereitschaft von ausländischen Unternehmen und Kunden betrifft, mit liechtensteinischen Unternehmen in Geschäftsbeziehungen zu treten oder solche beizubehalten. Schon seit einigen Jahren mussten liechtensteinische Unternehmen immer wieder feststellen, dass sie nur deshalb im Vergleich zu Konkurrenten nicht zum Zuge kamen, weil sie aus Liechtenstein kamen. Ihren Geschäftspartnern wurde das Risiko, mit eigenen Steuerbehörden oder anderen Geschäftspartnern wegen ihrer Liechtenstein-Beziehung Schwierigkeiten zu bekommen, zunehmend zu gross.

Eines der grössten Verkaufsargumente des heimischen Finanzplatzes in den vergangenen Jahrzehnten war eben gerade das Nicht-Aufscheinen auf weissen Listen, sagen Kritiker. Dieses Geschäftsmodell ist nun nicht mehr möglich. Wie sehen die Alternativen aus?

Viele Finanzdienstleister haben in der Vergangenheit sich und den Finanzplatz vor allem mit dem Argument des starken Bankgeheimnisses verkauft, insbesondere auch was Steuerfragen betrifft. Dies war einfach zu kommunizieren und das Nicht-Aufscheinen auf weissen Listen hat die Stärke des Bankgeheimnisses noch unterstrichen bzw. dieses Argument unterstützt.

Heute haben sich die internationalen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Ein starker Schutz der Privatsphäre bleibt ein wichtiges Verkaufsargument, denn wir können diesen nicht nur rechtlich, sondern auch kulturell weiterhin auf einem ganz anderen Niveau anbieten als die meisten Finanzplätze der Welt. Allerdings sollten wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und nicht mehr zu sehr auf ein einziges Verkaufsargument setzen.

Mindestens so attraktiv wie das Bankgeheimnis ist gerade in diesen unruhigen Zeiten die grosse politische und wirtschaftliche Stabilität, die Liechtenstein bieten kann. So gehören wir unter anderem zu den wenigen Staaten, die in diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld bei niedrigen Steuern keine Staatsverschuldung haben. Hinzu kommt ein mittlerweile sehr hohes Niveau der Dienstleistungen unserer Finanzinstitute, das in internationalen Vergleichen immer wieder bestätigt wird. Schliesslich sind wir ein besonders wirtschaftsfreundlicher Standort mit geringer Bürokratie, der die Rahmenbedingungen schnell zum Wohle seiner Bürger und Standortnutzer anpasst.

Sie gelten gemeinsam mit dem früheren Regierungschef Otmar Hasler als Spiritus rector der Vorwärtsstrategie und der daraus resultierenden „Liechtenstein Deklaration“ vom 12. März 2009. Hat die heutige Regierung Ihre Visionen entsprechend umgesetzt, oder gibt es noch zu erledigende Punkte?

Ein wichtiger Erfolg der „Liechtenstein Deklaration“ war, dass sie auf Vorarbeiten im Rahmen des Projektes Futuro aufbauend von einer breiten Mehrheit aus Politik und Wirtschaft getragen wurde. Dies hat nicht zuletzt dazu geführt, dass wir uns bei der Umsetzung grundsätzlich auf einem guten Weg befinden. Die Neuausrichtung des Finanzplatzes ist aber ein längerer Prozess, der nicht innert weniger Monate umgesetzt werden kann. Wichtige Schritte sind erfolgt, insbesondere konnten in kurzer Zeit einige entscheidende Abkommen unterzeichnet werden. Weitere Schritte werden noch gesetzt werden müssen, sowohl was Steuerabkommen betrifft, als auch was innerstaatliche Massnahmen zur Neuausrichtung des Finanzplatzes betrifft. Viele dieser Massnahmen wurden bereits im Rahmen des Projekts Futuro skizziert. Dazu gehören Reformen in Bereichen wie Steuern, Staatsverwaltung und Weiterbildung der Finanzdienstleister.

Etliche Treuhänder sehen durch die Regierungsstrategie ihre Branche in Gefahr, fürchten den Wegfall Hunderter Stellen. Sind diese Ängste begründet?

Die Treuhandbranche ist sehr heterogen und dadurch sehr unterschiedlich betroffen. Es gibt Treuhänder, die von der Strategie profitieren, weil ihr Geschäftsmodell schon weitgehend den neuen Anforderungen entspricht und die Änderungen neue Chancen eröffnen, insbesondere solche, die aufgrund der bisherigen Reputation des Finanzplatzes nur schwer ergreifbar waren. Es wird aber auch Treuhänder geben, die vor grossen Umstellungen stehen, weil ihr bisheriges Geschäftsmodell mit der Zeit auslaufen wird.

Wenn hier rechtzeitig durch Umschulungen, gezielte Rekrutierungen von Spezialisten und geschäftliche Zusammenschlüsse die nötigen Schritte gesetzt werden, kann der Strukturwandel für die Arbeitskräfte im Finanzsektor verhältnismässig glimpflich erfolgen. Wenn aber versucht wird, den Strukturwandel durch staatliche Massnahmen aufzuhalten oder zu verzögern, kann es zu grösseren Problemen kommen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass durch staatliche Massnahmen ein Strukturwandel auf längere Zeit nicht aufgehalten werden kann, es aber dann die davon betroffenen Sektoren viel stärker trifft, als wenn sich diese gleich dem Strukturwandel gestellt hätten.

Bleibt der Finanzplatz, trotz neuer internationaler Spielregeln, für Liechtenstein ein Wachstumsmarkt, oder muss sich das Fürstentum umorientieren – etwa in Richtung Forschungs-, Innovations- und Bildungsstandort?

Ich bin überzeugt, dass der Finanzplatz ein Wachstumsmarkt bleiben wird. Wir haben ja auch einige Bereiche des Finanzplatzes, die auch während der letzten Monate weiter gewachsen sind, wie der Versicherungs-, der Anlagefonds- und der Pensionsfondsbereich. Eine Umorientierung wird ein Wachstum in diesen Bereichen sogar erleichtern. Aber auch für das Treuhandgeschäft und das Private Banking sehe ich Wachstumschancen, allerdings nur dort, wo man die Geschäftsmodelle den neuen Spielregeln angepasst hat.

Ein Setzen auf Forschung, Innovation und Bildung sehe ich nicht als eine Umorientierung, sondern halte diese Themen für alle Bereiche der Wirtschaft ganz grundsätzlich für entscheidend, für die Industrie wie auch das Gewerbe und den Finanzplatz. Der Finanzplatz wird sich aber am Beispiel der Industrie orientieren und in Zukunft teilweise mehr in Forschung, Innovation und Bildung investieren müssen.

Welche Konsequenzen hätten gedroht, wenn sich Liechtenstein dem internationalen Druck nicht gebeugt und keine OECD-konformen Musterabkommen geschlossen hätte?

Die liechtensteinischen Unternehmen hätten ihre ausländischen Geschäftspartner verloren. Dies wäre nicht nur für die Industrie ein grosses Problem gewesen, sondern letztlich auch für die Finanzdienstleistungsunternehmen. Vielleicht wären einige undeclared Gelder nach Liechtenstein geflossen, was möglicherweise kurzfristig zu Nettozuflüssen anstelle von Nettoabflüssen von Kundengeldern geführt hätte. Aber selbst diesbezüglich bin ich skeptisch, denn für diese Kundengelder sind wir aufgrund unserer starken Integration in Europa schon länger nicht der attraktivste Platz.

Ist die weisse OECD-Liste erst der Anfang von internationalen Kontrollmechanismen, stehen Liechtenstein weitere zu erfüllende Forderungskataloge ins Haus?

Es ist absehbar, dass 12 OECD-konforme Steuerabkommen bald nicht mehr ausreichen werden und somit weitere Forderungskataloge ins Haus stehen. Entsprechende Äusserungen sind auf verschiedenster Ebene bereits gemacht worden, selbst von Vertretern jener Staaten, die auf der grauen Liste standen, wie z.B. auch der Schweiz. Ganz konkret kommen auf uns das Betrugsabkommen mit der EU und die Neuverhandlung des Zinsertragsbesteuerungsabkommen zu.

Es ist auch absehbar, dass nur der Abschluss von zusätzlichen Abkommen gemäss jetzigem OECD-Standard bald nicht mehr ausreichen wird, weil diese keine wirkliche Lösung des Problems der Steuerhinterziehung bringen. Darauf haben wir bereits in der „Liechtenstein Erklärung“ vom 12. März hingewiesen. Ich halte es deshalb für sehr wichtig, dass wir möglichst bald durch den Abschluss von entsprechenden Abkommen unseren Kunden und Unternehmen Rahmenbedingungen bieten können, die einerseits weiterhin einen starken Schutz der Privatsphäre bieten, andererseits aber nachhaltige Lösungen hinsichtlich des Problems der Steuerhinterziehung bringen. Nur so schaffen wir schnell wieder die für jedes Wirtschaften so wichtige langfristige Rechtssicherheit und Planbarkeit.

Wo sehen Sie den heimischen Wirtschafts- und Finanzstandort in zehn Jahren?

Liechtenstein bleibt ein sehr attraktiver Wirtschaftsstandort aufgrund seiner Stabilität, der gut ausgebildeten Bevölkerung und der kurzen Wege zwischen Staat und Wirtschaft, die für ausgezeichnete Rahmenbedingungen sorgen. Davon profitiert auch weiterhin der Finanzplatz. Da dieser heute recht breit aufgestellt ist und neben dem Bankgeheimnis genügend andere Attraktivitäten anbieten kann, bin ich nicht nur für den Wirtschaftsstandort im Allgemeinen, sondern auch für den Finanzplatz auf einen 10-Jahre-Horizont hin sehr zuversichtlich.